

Ländliche Räume ohne Armut

Realistische Utopie oder uneinlösbares Heilsversprechen?

Georg Wiesinger

1. Einleitung: Ländliche Räume ohne Armut?

Aufgrund der Auswirkungen von Pandemie, Ukraine-Krieg und steigenden Lebenshaltungskosten geht aktuell das Gespenst der Armut wieder um und das nicht nur in den Ländern des globalen Südens und Ostens. Selbst in den entwickelten westlichen Industriegesellschaften finden immer mehr Menschen keinen Zugang zu ausreichend gesunden Nahrungsmitteln und menschenwürdigem Wohnen. Menschen aus der Mittelschicht erfahren oder fürchten, sich ebenfalls ihren gewohnten Lebensstandard nicht mehr leisten zu können, und drohen, Teil der Gruppe der von grundlegenden sozialen Sicherheiten ausgeschlossenen Menschen oder aber als Gefolgsleute extremistischer Parteien zu Gefährdern demokratischen Zusammenlebens zu werden. Auch ländliche Räume sind von diesen krisenhaften Entwicklungen betroffen, wenn auch auf spezifische Weise. Auf dem Weg zur Moderne wurden immer wieder Vorstellungen eines sowohl gesamtgesellschaftlichen als auch die Situation der Individuen betreffenden Wohlstands (vgl. z.B. Heinrich Heines »Zuckererbsen für Jedermann« (2012) [1844]) formuliert. Diese Versprechen auf Wohlstand für alle stellten eine wirksame Motivation dar, Utopien in die Realität umzusetzen. Dies lässt sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung, ebenso aber auch in ländlichen Siedlungsprojekten seit dem 18. Jahrhundert immer wieder belegen. Begleitend dazu wurden in den seit der Frühen Neuzeit entstandenen Sozialutopien Modelle entwickelt, vielfach auch nur höchst spekulativ, wie sich denn eine Grundversorgung, aber auch eine Verbesserung und Absicherung der Lebenssituationen, der Besitzverhältnisse und der Erwartungen an die Gestaltungsmöglichkeiten eines eigenen Lebens durch gesellschaftliche Ordnung, politisches Handeln und nicht zuletzt die Tätigkeit und das Bewusstsein der Gesellschaftsmitglieder herstellen bzw. auf Dauer sichern ließen. Utopisches Denken und utopische Modelle stehen so auch noch immer im Hintergrund der Entwicklungen und der Legitimation der wohlfahrtsstaatlichen Orientierungen und Ansprüche gegenwärtiger Gesellschaften, in denen Fragen der Gestaltung und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nicht nur immer wiederverhandelt werden (müssen), sondern unter den Bedingungen

demokratischer Gesellschaften inzwischen auch alle an diesen Aushandlungsprozessen beteiligt sein sollten. Nicht zuletzt hat Martha Nussbaum in ihren Studien zur Gerechtigkeit (1999) modellhaft Rechnungen bezüglich der finanziellen Ausstattung von Menschen und Haushalten aufgestellt, um auf dieser Grundlage die Frage eines »guten Lebens« zu diskutieren. Am Beispiel der Armut in ländlichen Räumen lassen sich dabei gerade unter einem solchen an der utopischen Tradition entwickelten Ansatz aktuelle Entwicklungen diskutieren und kritisch reflektieren.

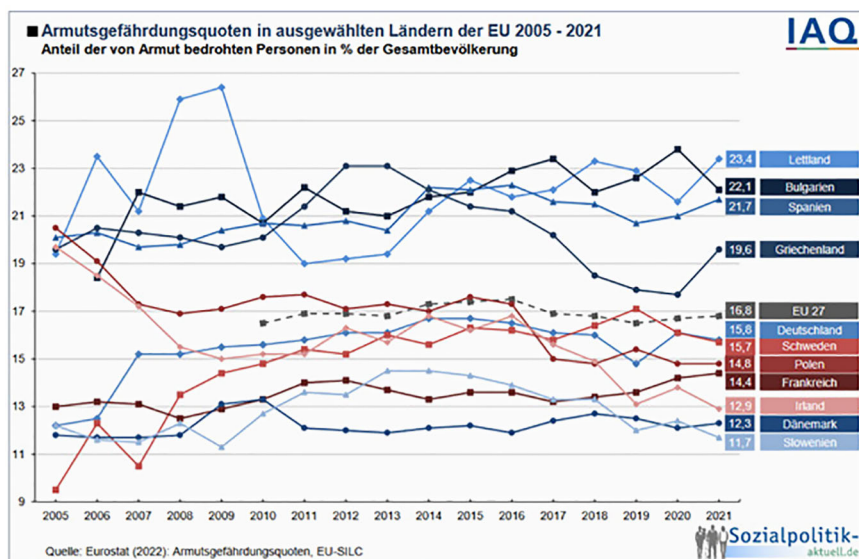
Werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf die verfügbaren Armutsstatistiken, welche die Entwicklungen seit 2022 noch nicht widerspiegeln. In Österreich galten im Jahr 2021 17 Prozent der Bevölkerung als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Diese leben in Haushalten, deren Einkommen nach der letzten EU-SILC-Erhebung unter der Armutschwelle von 60 Prozent des Medianeinkommens lag: Dieses betrug im Jahr 2021 1.371 € pro Monat (Statistik Austria 2022). EU-SILC ist eine Erhebung über die Lebensbedingungen in der Europäischen Union, mit der unter anderem die Lebensbedingungen erfasst, Armut sichtbar gemacht und Haushaltseinkommen im zeitlichen Verlauf beobachtet werden sollen. Besonders betroffen von Armut sind dabei Alleinerziehende und deren Kinder (in der Regel sind das Frauen, die wenigen Männer kann man hier vernachlässigen), Frauen ohne oder mit niedrigen Pensionen, Langzeitarbeitslose sowie Menschen ohne Staatsbürgerschaft. Von Armut betroffen sind auch 26 Prozent aller alleinlebenden Frauen im Pensionsalter. 23 Prozent aller Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten sind Kinder unter 17 Jahre.

Ein weiteres interessantes Faktum ist, dass die Mehrzahl der Armen in Städten lebt. Die Gefährdung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist in Österreich in kleineren Gemeinden unter 10.000 Einwohner*innen nur etwa halb so groß (10 Prozent) wie in Städten mit mehr als 100.000 Einwohner*innen (20 Prozent) (Statistik Austria 2022). Armut scheint demnach auf den ersten Blick ein überwiegend großstädtisches Phänomen zu sein. Dennoch muss man auch die Armut in ländlichen Räumen differenziert betrachten, da sich Armutsfaktoren aufgrund verschiedener Besonderheiten sehr unterschiedlich auswirken und gegenseitig auch potenzieren können. Hauptfaktoren für Armutsgefährdung in ländlichen Räumen sind vergleichsweise höhere Kosten für Mobilität, ein oft schlechter Zugang zu Infrastruktur- und Betreuungseinrichtungen (Kinderbetreuung, Pflege), ein eingeschränktes Arbeitsplatzangebot und vergleichsweise niedrigere Löhne. Für die spezifische Wirkung von Armut in ländlichen Räumen spielen aber auch persönliche Umstände eine große Rolle, die sich im Laufe der eigenen Biographie verändern können. Jemand, der oder die jung, gesund, von Betreuungsaufgaben entbunden ist, über ausreichend finanzielle Mittel verfügt, kann am Land durchaus über eine höhere Lebensqualität verfügen als in einer urbanen Umgebung. Umgekehrt, für jemanden, der/die keine Arbeit findet, weil z.B. ganztägige Kinderbetreuungseinrichtungen in der näheren Umgebung fehlen, oder der/die ein Auto benötigt, um überhaupt zum Arbeitsplatz zu gelangen und dabei einen Gutteil des Lohns dafür aufwenden muss, aufgrund von Alter und Behinderung oder unzureichender Mobilität seine/ihre Sozialkontakte nicht mehr aufrechterhalten kann, wirken sich Armutsfaktoren doppelt und dreifach erschwerend aus (Wiesinger 2000).

Auch EU-weit zeigt sich, dass bis 2021 die Armutsgefährdungsquote mehr oder minder unverändert geblieben ist. Das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni-

versität Duisburg-Essen gibt einen vergleichenden Überblick über die Veränderung der Armutsgefährdungsquote im Laufe der letzten Jahre in einzelnen EU-Staaten. Die Werte liegen etwas niedriger als die oben angeführten, da hier nur die direkt armutsgefährdeten, nicht aber auch die von sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen berücksichtigt sind.

Abbildung 1: Armutsgefährdung in der Europäischen Union



Quelle: https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII70.pdf vom 07.02.2023.

In der Abbildung lassen sich einige signifikante Ausschläge nach der Finanzkrise von 2008 erkennen. Im Grunde scheint das 2010er Jahrzehnt im Sinne der hehren Ziele einer Armutsbekämpfung jedoch ein verlorenes Jahrzehnt zu sein, von utopischen Vorstellungen kontinuierlich wachsenden Wohlstands, wie sie im »Goldenen Zeitalter« der 1960er Jahre in westlichen, aber auch in den staatssozialistischen Gesellschaften erträumt wurden (vgl. Hobsbawm 1995: 324–362), ganz zu schweigen. In allen westlichen Industriegesellschaften hat sich im Laufe der Zeit die Anzahl von sogenannten AROPE (Eurostat-Akronym für von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohter Personen in Europa) nicht substantiell verringert. Der Indikator AROPE entspricht der Summe der Personen, die armutsgefährdet sind, unter materieller Deprivation leiden oder in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit leben. Alle Personen werden nur einmal gezählt, auch wenn sie in mehreren Sub-Indikatoren vertreten sind. AROPE ist der Hauptindikator für die Überwachung der Armutsziele der EU-2020-Strategie. Das führt zu der Feststellung, dass sich der Anteil der von Armut Betroffenen und sozial Ausgegrenzten trotz aller politischen Maßnahmen und Absichtserklärungen selbst unter noch günstigeren ökonomischen Rahmenbedingungen über die beiden letzten Jahrzehnte relativ wenig veränderte.

2. Theoretischer Zugriff

2.1 Ist Armutsgefährdung systemimmanent?

Armut lässt sich ohne Reichtum nicht denken. Die westlichen Industriegesellschaften werden dahingehend immer ungleicher. Thomas Piketty (2020) weist darauf hin, dass seit den 1970er Jahren der Reichtum innerhalb der reichen Staaten stark zugenommen hat. Seiner Einschätzung nach wird sich die Welt um 2050 oder 2100 in den Händen von Börsenhändlern, Top-Managern und Besitzern großer Vermögen befinden. Gemäß dem »Global Wealth Report« des Credit Suisse Research Institute (Shorrocks/Davies/Lluberas 2022, 21) verfügte 2021 weltweit ein Prozent aller erwachsenen Personen über 48 Prozent des gesamten Vermögens, während die ärmsten 53 Prozent mit nur ein Prozent auskommen mussten. Eine Studie der Österreichischen Nationalbank (Kennickell/Lindner/Schürz 2022) kommt für Österreich zu ähnlichen Ergebnissen. Das reichste Prozent besitzt etwa 50 Prozent des Nettovermögens, während sich das restliche Vermögen auf die übrigen 99 Prozent aufteilt. In Deutschland ist diese Ungleichverteilung deutlich geringer. Hier besaßen 2021 die reichsten ein Prozent nur 32 Prozent des nationalen Nettovermögens (Shorrocks/Davies/Lluberas 2022, 31). Aber selbst das bedeutet einen Anstieg um beinahe drei Prozent gegenüber dem Jahr 2000. In der Frühen Neuzeit richteten sich Sozialutopien vor allem gegen die Legitimierung politischer bzw. traditioneller Herrschaftsformen und weniger gegen die ökonomische Macht. Das Ausmaß der weiterhin offensichtlichen sozialen und ökonomischen Ungleichheiten, ebenso wie das damit verbundene Unvermögen gesellschaftlicher Steuerung, bieten erneut Anlass, die in diesen Sozialutopien bereits enthaltenen Fragen einer gerechten Güterverteilung und gesellschaftlicher Beteiligung im Blick auf die heutigen Verhältnisse wieder aufzunehmen.

Was sind derzeit die Ursachen dieser Disparität zwischen Arm und Reich? Wieso gibt es überhaupt bei den gesellschaftlichen Teilhabe-, Planungs- und Entwicklungsmöglichkeiten immer noch einen Unterschied zwischen ländlichen Räumen und urbanen Zentren? Sind diese Unterschiede allein aufgrund von naturräumlichen Faktoren zu erklären, oder spielen auch politische bzw. sozioökonomische Dimensionen eine Rolle? Ist das Entstehen krisenhafter Phänomene in ländlichen Regionen nicht immanenter Bestandteil globaler industriell-kapitalistischer Verwertungslogik, einer marktbasierten und auf Gewinn ausgerichteten Konkurrenz, bei der manche profitieren, es aber auch Verlierer gibt? Sind Ungleichheiten vielleicht nur Kollateralschäden einer auf Effizienz und Fortschritt ausgerichteten, freien, liberalen, postmodernen Dienstleistungsgesellschaft, in deren Zusammenhang ländliche Räume nur eine Residualkategorie bilden? Sollte man diese Ungleichheiten einfach hinnehmen und nur dann subsidiär eingreifen, wenn die Grundfesten der Gesellschaft und des Wirtschaftssystems gefährdet werden, im Sinne einer unzureichenden Versorgung für die »sozial Schwachen« und ggf. »peripher Abhängen«?

Die Forderung nach Partizipation am gesellschaftlichen Wohlstand war in der Zeit der Hochblüte des Keynesianismus allgemeiner Grundkonsens (Sanders/Weth 2008). Mit dem Erstarken des Neoliberalismus seit den 1980er Jahren geriet dieser Konsens allerdings ins Wanken. Damit verbunden wurden die von nationalen und internationalen Armutskonferenzen und kritischen NGOs erhobenen sozialpolitischen Forderungen

kaum noch gehört. Heute geht es längst nicht mehr um die soziale Inklusion aller oder um eine Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität, um einen freien Zugang zu Bildung für alle, um eine für alle in gleichem Maße zugängliche bestmögliche Gesundheitsversorgung, um leistbares Wohnen oder um ein menschwürdiges Altern. Viele sind schon froh, wenn zumindest das bestehende soziale Sicherheitssystem einigermaßen gewahrt werden kann (Belina et al. 2022). Man hat sich an den Anblick der Bettler*innen ebenso gewöhnt wie an ein vermeintlich unaufhaltsames »Sterben der Dörfer«. Dieser Verlust an Diskursmacht angesichts des neoliberalen Backslashes führte dazu, dass soziale Ungleichheit und Armut, aber auch regionale Ungleichheiten weitgehend hingenommen werden, deren strukturelle Ursachen unbeachtet bleiben und die Schuldfrage auf eine individuelle Ebene verlagert wird. Schuld, so heißt es in den Diskursen, ist nicht mehr die Politik, Schuld sind die Betroffenen selbst, wenn es ihnen nicht gelingt, ihrem Elend zu entfliehen. Diese Vorstellung vertrat unter anderem bereits der US-amerikanische Philosoph John Rawls in seiner »Theorie der Gerechtigkeit« (1979).

Dieser sozialpolitische Diskurswechsel fällt zudem zeitlich mit manifesten politischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen zusammen. Die Auswirkungen der Klimakrise werden immer augenscheinlicher. Selbst wenn das manche noch nicht wahrhaben wollen, werden wir unser Konsum- und Freizeitverhalten grundlegend in Richtung mehr Nachhaltigkeit anpassen müssen. Auf wirtschaftlicher Ebene zu erwähnen sind die bis heute immer noch nicht zur Gänze überwundene Finanzkrise 2008, die Covid-19-Pandemie der letzten Jahre und der aktuelle Ukraine-Krieg, die auch dazu führten, dass Armut und soziale Ausgrenzung aufgrund unterbrochener Lieferketten, gestiegener Lebenshaltungskosten, hoher Energiepreise und Inflation weiter zunehmen. Viele ländliche Räume erweisen sich bei diesen krisenhaften Phänomenen als besonders anfällig. Es gibt zahlreiche Befunde, die belegen, dass sich gerade vulnerable Gruppen Mobilität, Heizen und Miete nicht mehr leisten können (Fabris/Schenk 2020, Dimmel/Schenk/Stelzer-Orthofer 2014). Während der Pandemie kam es zusätzlich zu einer Vermehrung psychischer Probleme, vor allem durch Vereinsamung aufgrund von Covid-Maßnahmen oder Distance-Learning. Durch die größeren Entfernungen ist dabei in ländlichen Regionen die Gefahr der Isolation besonders groß, zudem werden psychische Erkrankungen dort immer noch sehr oft viel stärker tabuisiert (Göppel/Gstach/Wininger 2023).

Unsere Gesellschaft unterliegt außerdem weiterhin sich wechselseitig steigernden, raschen sozialen Veränderungsprozessen (Reckwitz/Rosa 2021, 118–128). Paul Virilio (2015, 49) spricht vom 21. Jahrhundert aufgrund der multiplen globalen Krisen als einem neuen »Zeitalter der Desorientierung«, während für Jacques Derrida (1976, 47) das 20. Jahrhundert noch das »Zeitalter der Dekonstruktion«, im Sinne einer Differenz zwischen Versprechen und seiner Wirklichkeit, war. In dieser aktuellen Epoche allgemeiner Verunsicherung geraten nun auch Angehörige des Mittelstands zunehmend in die Armutsspirale, und die Betroffenen in bereits abgehangenen peripheren Gebieten werden nun noch mehr benachteiligt. Dies führt u.a. zu weitverbreiteten Ängsten und Frustrationen und zu einem Erstarken autoritärer, antidemokratischer Parteien und Protestbewegungen, die sich teils an den in den herkömmlichen Utopien enthaltenen Mobilisierungsimpulsen orientieren, teils aber auch auf die dort entwickelte gesellschaftliche Planung und autoritärer Führung zurückzugreifen suchen.

2.2 Armut trotz Armutsbekämpfung

Eine Studie der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (Höferl/Pöchlhammer 2004) wies bereits vor geraumer Zeit im ersten und bislang einzigen »Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich« darauf hin, dass sich die Schere zwischen Armut und Reichtum immer weiter öffnet. Nach Piketty (2020) hat sich diese Entwicklung, dass Arme immer ärmer und Reiche immer reicher werden, in den beiden letzten Jahrzehnten in allen westlichen Industriestaaten weiter verschärft. In der EU gibt es nicht nur zwischen den Mitgliedsländern deutliche Wohlstandsunterschiede, auch innerhalb der Staaten ist das regionale Gefälle hinsichtlich der Wirtschaftskraft groß. Das BIP je Einwohner*in war 2014 in der reichsten der mehr als tausend untersuchten Regionen Camden & City of London beinahe 140-mal so hoch wie in den drei ärmsten bulgarischen Regionen Pernik, Silitra und Sliven (Eurostat 2017). Demgegenüber gilt im allgemeinen politischen Diskurs europäischer Entwicklungsprogramme noch immer, dass zumindest offiziell soziale und regionale Ungleichheiten weiterhin als Problembereiche thematisiert und keinesfalls gebilligt werden. Sowohl auf Ebene der Nationalstaaten als auch auf supranationaler Ebene der EU fehlt es dabei keinesfalls an Absichtserklärungen für den sozialen Ausgleich und auch die Stärkung ländlicher Räume.

Bereits in den Gründungsverträgen 1957 zählt die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu den konkreten sozialpolitischen Zielen. Im Einklang mit Artikel 153 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, vormals EWG-Vertrag 1999) soll soziale Inklusion erreicht werden.

Im Zeitraum zwischen 1975 und 1994 führte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dazu eine Reihe von Pilotprojekten und Programmen zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung durch, die sich jedoch aufgrund fehlender rechtlicher Grundlagen als wenig effektiv erwiesen. Mit dem Vertrag von Amsterdam (Europäische Union 1999) wurde die Beseitigung sozialer Ausgrenzung als sozialpolitisches Ziel festgeschrieben. Im Jahr 2000 setzte der Europäische Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments einen Ausschuss für Sozialschutz mit beratender Aufgabe ein, der die Zusammenarbeit mit der Kommission und zwischen den Mitgliedsstaaten fördern soll (Artikel 160 AEUV – Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union 1999). Im selben Jahr wurde in der Strategie von Lissabon (Europäischer Rat 2000) ein Überwachungs- und Koordinierungsmechanismus geschaffen, der die Festlegung von Zielvorgaben, die Ermittlung der Armutsquote anhand von Indikatoren und Benchmarks, Leitlinien für die Mitgliedstaaten und nationale Aktionspläne gegen Armut umfasst.

Im Jahr 2010 wurde dann in der »Europa-2020-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ein neues gemeinsames Ziel der Bekämpfung von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung« (Europäische Kommission 2020) formuliert. Es bestand darin, die Zahl der unter der nationalen Armutsgrenze lebenden Personen vom Basisjahr 2008 bis 2020 um 25 Prozent zu verringern und mehr als 20 Millionen Menschen über die Armutsgrenze zu heben. Dieses Ziel wurde verfehlt, weshalb die Europäische Kommission im März 2021 in ihrem Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte ein neues Ziel formulierte, nämlich die Zahl der Menschen in Armut bis 2030 um mindestens 15 Millionen (davon mindestens fünf Millionen Kinder) zu verringern (Europäische Kommission 2022).

Auch die Vereinten Nationen (UNO) unternahmen in diesem Zeitraum Anstrengungen zur Armutsbekämpfung. Sie formulierten in ihrer »Agenda 2030 for Sustainable Development« als eines von insgesamt 17 nachhaltigen Entwicklungszielen das Ziel bis zum Jahr 2030 »Armut in all ihren Formen und überall zu beseitigen« (United Nations 2023).

In Österreich entstanden mit Blick auf die Lage ländlicher Räume auf nationalstaatlicher Ebene seit den 1960er Jahren und verstärkt ab Mitte der 1970er Jahre erste Ansätze, strukturschwache Gebiete, insbesondere Grenzlandregionen, entlang des »Eisernen Vorhangs« durch Ansiedlung von Betrieben sowie die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des Tourismus zu fördern. Im Bereich der Landwirtschaft wurde 1971 der Bergbauernzuschuss eingeführt, der die Existenz strukturschwacher Betriebe in Berggebieten und damit auch die Besiedlung dieser Kulturlandschaft sicherstellen sollte. In späteren Jahren entwickelte sich daraus die EU-Ausgleichszulage für Berggebiete und sonstiger benachteiligter Gebiete im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik.

In weiterer Folge entstanden Konzepte einer eigenständigen, endogenen Regionalentwicklung, die sich dann im EU-Regionalentwicklungsansatz LEADER fortsetzten. Die in den Utopien sozialstaatlicher Planungen und eines damit verbundenen »guten Lebens« für alle enthaltenen Vorstellungen programmatischen Handelns lassen sich so noch immer auch in Anstrengungen und Ansprüchen auf Förderprogramme wiederfinden. Es gibt aber auch eine mitunter durchaus überzogene Kritik solcher umfassend und transnational angelegter Programme und ihrer Umsetzung (vgl. Streeck 2021: 49–55; 285–290). Die Europäische Union fördert in diesem Maßnahmenprogramm seit 1991 modellhaft innovative Aktionen in ländlichen Räumen. In Österreich gab es 2020 insgesamt 77 lokale Aktionsgruppen, die mit mehr als 72.000 km², d.h. etwa 85 Prozent der Staatsfläche und etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung, abdecken. In der Programmperiode 2014–2020 gab es in Deutschland 321 LEADER-Regionen, die etwa zwei Drittel der Fläche der Bundesrepublik abdeckten. LEADER als territoriale lokale Entwicklungsstrategie erhebt den Anspruch, über einen Bottom-up-Ansatz unter Beteiligung der lokalen Bevölkerung Innovationen und multisektorale Kooperationen zu fördern.

Regionalförderungsmaßnahmen und ländliche Entwicklungsprogramme finden mittlerweile eine hohe allgemeine, politische und gesellschaftliche Akzeptanz. In der Realität ist es den europäischen Strukturfonds (ESF, EFRE, ELER) dennoch kaum gelungen, wie die einleitenden Befunde zeigen, Armut, soziale Ausgrenzung und regionale Benachteiligungen auszugleichen. Die Disparitäten konnten bestenfalls gemildert werden, deren Ursachen wurden aber nicht behoben. Bei LEADER stellt sich die Frage, welche lokalen Interessen hauptsächlich bedient werden und inwieweit auch vulnerable Gruppen bei der Entscheidungsfindung in den LEADER-Aktionsgruppen wirkmächtig eingebunden werden. Oft fehlt es armutsgefährdeten und von sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen an Informationen, Mitteln oder einfach am Selbstbewusstsein, sich dort mit ihren Interessen einzubringen (vgl. Maschke/Mießner/Naumann 2021: 108–115).

Was wir heute in ländlichen Räumen erleben, ist eine weitere Ausdünnung von Infrastruktureinrichtungen, Einrichtungen der Grundvorsorge und Daseinsvorsorge (Geschäfte, Gasthäuser, Gemeindeämter, soziale Begegnungsstätten, Kinderbetreuung, Schulen, Arztpraxen, Gesundheitseinrichtungen, Postämter). Diese Entwicklung

lässt sich nur teilweise mit dem technischen Fortschritt (Telekommunikation statt Postverkehr, Online-Versand) und dem demographischen Wandel, d.h. der Abnahme der Gesamtbevölkerung oder der Anzahl an schulpflichtigen Kindern oder Kindern im Vorschulalter, erklären. Bei der Entscheidung für eine Reduzierung der Infrastrukturversorgung spielen in erster Linie ökonomische Effizienzkriterien eine Rolle. In einem neoliberalen Konsens werden gemeindenahe Infrastrukturen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge als angeblich nicht mehr tragbare Kostenfaktoren betrachtet und rückgebaut. Der utopische Vorschein eines »gelingenden« Lebens für alle wird in dieser Perspektive von der Orientierung an einem ökonomisch begründeten Kosten-Nutzen-Modell abgelöst. Ersatzlösungen können nur in wenigen Fällen den damit entstehenden Verlust an Lebensqualität und Teilhabemöglichkeiten kompensieren. Oft sind es nur billige oder ganz unpraktikable Lösungen für diejenigen, die bereits abgehängt sind, die dann noch weiter abgehängt werden. Wenig Beachtung findet dabei, dass dadurch auch die Attraktivität ländlicher Räume als Lebensort leidet und ein weiterer Sog in Richtung Abwanderung entfaltet wird, was letztendlich Disparitäten zwischen Stadt und Land weiter verschärft, anstatt sie zu vermindern. Selbstverständlich konnten innovative Ansätze bei den Regionalförderungsmaßnahmen punktuell zwar neue, bedarfsgerechte und zeitgemäße Einrichtungen schaffen (z.B. Co-Working-Spaces), aber dennoch nicht verhindern, dass sich die wirtschaftlichen, aber auch die sozio-kulturellen Aktivitäten weiterhin in den größeren Städten und deren Umlandregionen konzentrieren.

3. Gerechtigkeit und die Romantik der ländlichen Peripherie

Seit der Jahrtausendwende entwickelte sich eine lebhafte Debatte über ländliche Peripherien als Regionen mit »ungleichen regionalen Gelegenheitsstrukturen« (Bernard et al. 2023), in denen es zu einer Überlagerung und Verstetigung unterschiedlicher benachteiligender Faktoren kommt (Keim 2006, Beetz 2008, Küpper/Steinführer 2017). Die Bewohner*innen vor Ort sind aufgrund der räumlichen Peripherie, unzulänglicher Infrastrukturen, Arbeits-, Bildungs- und gesellschaftlicher Teilhabechancen doppelt und mehrfach betroffen. Sie müssen lernen, mit diesen konkreten Situationen umzugehen, ihre Handlungsspielräume und Bewältigungskapazitäten zu erschließen. Die Nutzung der Ressourcen gelingt dabei in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen sozioökonomischen und gesellschaftlichen Stellung unterschiedlich gut. Ländliche, v.a. touristisch geprägte, Regionen unterliegen allerdings einem hohen Maß an Vulnerabilität, was manche während der Lockdowns in der Covid-19-Pandemie schmerzlich erleben mussten. Hier zeigten sich die negativen Folgen für Regionen sehr deutlich, die sich stark auf einen einzigen Wirtschaftszweig, in diesem Fall den Fremdenverkehr, fokussiert und zu wenig auf ökonomische, aber auch ökologische und soziale Nachhaltigkeit gesetzt hatten. Besonders arg betroffen waren dabei manche große, auf intensiven Massentourismus ausgerichtete Fremdenverkehrsgebiete. Das österreichische Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus berichtet in seinem Tourismusbericht 2020, wie die Covid-19-Pandemie die Tourismusbranche vor existenzielle Herausforderungen gestellt hat. Die Zahl der Gästeankünfte schrumpfte im ersten Jahr um etwa 46 Prozent (BMLRT 2020, 12). Der Tourismus hat für die österreichische Volkswirtschaft, gerade

auch in den ländlichen Regionen, eine zentrale Bedeutung. Das Institut für Freizeit und Tourismusforschung schätzt, dass der Fremdenverkehr mit allen vor- und nachgelagerten Bereichen bis zu 25 Prozent Anteil am gesamten österreichischen BIP hat (Strobl 2020).

Natürlich gibt es aber auch Beispiele, wie bestimmte Regionen während dieser krisenhaften Zeit profitieren konnten. Manche wenig erschlossene Problemregionen wurden plötzlich zu neuen Sehnsuchts- und Rückzugsorten, was sich auch am Immobilienmarkt widerspiegelte (Redl 2020). In der Pandemie erfuhren der Ausdruck des »natürlich Ländlichen«, aber auch die »Peripherien« eine zumindest seit der Romantik nie wieder erreichte Aufmerksamkeit. Die mit ländlichen Räumen immer auch verbundene Vorstellung eines selbständig geführten, naturnahen gelingenden Lebens fand dadurch erneut auch als gleichsam »utopische« Orientierung wieder einmal Zuspruch (vgl. Rössel 2014). Die Einschränkungen der Covid-19- Maßnahmen waren in ländlichen Regionen wegen des natürlichen Freiraums und der geringeren Besiedlungsdichte vergleichsweise weniger hart zu spüren als in den großen Städten. Der Technologieschub im Zuge der Pandemie veränderte auch ländliche Arbeits- und Lebensverhältnisse grundlegend. Telearbeit und 5G-Netze eröffneten für viele neue berufliche Perspektiven, Pendeln wurde in vielen Fällen überflüssig. Viele Hochqualifizierte konnten von dieser Entwicklung profitieren. Bislang benachteiligte periphere Regionen sollten auf einmal zu einem Versprechen für eine höhere Lebensqualität werden. Grundsätzlich anders verhielt es sich allerdings für viele manuell Arbeitende oder Beschäftigte etwa in Pflegeberufen, für die sich hinsichtlich ihrer Arbeit wenig änderte, die aber gleichzeitig viele negative Folgen der Pandemie, v.a. durch die Covid-Maßnahmen und des erhöhten psychischen Drucks und Infektionsrisikos, zu spüren bekamen. Auch in diesem Bereich öffnete sich die Kluft zwischen den Profiteur*innen und den Benachteiligten.

Es fehlt freilich aktuell auch nicht an Anstrengungen zur Schaffung von mehr sozialer, also auch in den herkömmlichen Utopien ins Bild gesetzter Gerechtigkeit. Die österreichische, aber auch die deutsche Landkarte ist mittlerweile beinahe vollkommen mit ländlichen Entwicklungsprogrammen abgedeckt und immer noch herrscht ein Grundkonsens in Richtung Stärkung der sozialen Teilhabe und Sicherung der Daseinsvorsorge, ohne dass dies tatsächlich zu einer spürbaren Verbesserung der sozialen Lage und zur Beseitigung von struktureller Ungleichheit führt. Außerdem wird der ländlichen Bevölkerung in peripheren Regionen eine gewisse grundlegende »Resilienz« nachgesagt. Innerhalb einer wirtschaftlichen Gesamtstrategie gegen Braindrain, Abwanderung und Überalterung wird von Seiten der Politik an die Resilienz und das lokale Sozialkapital appelliert, um die sozialen Netzwerke gegenseitiger nachbarschaftlicher Unterstützung und zivilen Engagements zu stärken (Adam Hernández 2021, Hahne 2013). Mit der Resilienz sollten sich die Betroffenen allerdings vornehmlich an das System anpassen, die grundlegenden Strukturen marktimmeranter Verwertungslogiken werden dadurch nicht in Frage gestellt.

Die ländliche Bevölkerung scheint diesen Entwicklungen in ihrer Gesamtheit relativ ohnmächtig gegenüberzustehen. Frei nach dem slowenischen Philosophen Slavoj Žižek (2015) suggerieren viele Bottom-Up-Konzepte einer sozioökonomisch und ökologisch nachhaltigen Regionalpolitik ein Heilsversprechen. Žižek fragt sich, warum es dann so viel Ärger im Paradies gäbe. Die Leute rebellieren nicht, wenn die »Dinge wirklich

schlecht stehen«, sondern wenn ihre Erwartungen enttäuscht werden. Benachteiligung ländlicher Räume bedeutet, wenn bestimmte Gruppen ihre Bedürfnisse nicht mehr entsprechend befriedigen können. Die besser Gebildeten reagieren auf Defizite in ländlichen Räumen meist mit Abwanderung, während all jene, die es mangels Ressourcen oder Qualifikation nicht schaffen, wegzuziehen, erst recht ihren »Ärger im ländlichen Paradies«, das gleichfalls nur noch ein Paradies für die Wohlhabenden ist, zum Ausdruck bringen. Mit ihrem Frust werden sie dann spätestens bei den nächsten Wahlen zu Wutbürger*innen. In wirtschaftlich schwachen, peripheren ländlichen Räumen kommen zumindest in Österreich diese Botschaften besonders gut an. Dabei muss Benachteiligung nicht unbedingt objektiv messbar sein, es reicht die subjektive Wahrnehmung des Ausgeschlossenseins.

Vielleicht bedarf es auch nur mehr Gerechtigkeit, einer kritischen Hinterfragung des neoliberalen Credos, wonach dem Markt die Gestaltung der Gesellschaft überlassen werden sollte und der Politik nur die Aufgabe zuzuweisen wäre, für den Markt günstige Bedingungen herzustellen? Die in den herkömmlichen Sozialutopien vorgestellten Vermittlungen von Freiheit und Ordnung, die immer auch die Gestaltung eines für alle Gesellschaftsmitglieder vertretbaren guten Lebens in den Blick rücken, könnten hier auch einen Bildervorrat bereitstellen, der in aktuellen Lagen Orientierung ermöglicht. Günter Dux (2008) sieht in einer Marktgesellschaft einen Widerspruch zwischen der Leistungsfähigkeit des ökonomischen Systems und den Ansprüchen ihrer Subjekte. Dies sollte aber nicht als grundsätzliche Kritik am Liberalismus verstanden werden, denn der Liberalismus im Sinne eines John Stuart Mill (1991 [1859]) zielte darauf ab, jeder Person, so wie auch in den vorangehenden Utopien der sogenannten Frühsozialisten, eine bestmögliche Entfaltung zu garantieren, um Anteil an den Errungenschaften der Zeit und damit Freiheit zu erlangen. Diese Freiheit lässt sich aber ohne soziale Sicherungssysteme und zielgerichtete Förderungsmaßnahmen nicht denken.

Isolde Charim (2022) zitiert den deutschen Soziologe Helmut Dubiel (2015), der auf den destruktiven Charakter der freien Konkurrenz verweist. Diese habe einen entgrenzten, hemmungslosen Individualismus zur Folge und zerstöre die Grundlagen der Daseinsvorsorge auch in ländlichen Räumen. Je mehr neoliberale Dogmatik, desto weniger Ausgleich von Disparitäten, desto schärfer manifestieren sich die Ungleichheiten, zumal angesichts fehlender oder mangelhafter Netzwerke, wie sie in vielen Bereichen noch mit ländlichen Räumen verbunden, wenn nicht gar dort gefunden werden. Es sind gerade die kulturellen, sittlichen, moralischen oder politischen Ressourcen, diese im ersten Anschein nicht marktrelevanten Restbestände an einem nicht marktkonformen Verhalten, die wie Nächstenliebe, Empathie oder auch nachbarschaftliche Hilfe und kommunale Verantwortung, dem ökonomischen System die Spitzen nehmen und die Gesellschaft stabilisieren (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022). Die Subjekte werden, so Dubiel, zweifach in die Gesellschaft eingefügt – systemisch und sozial. Von den vormodernen Restbeständen einer alten Sittlichkeit, Kommunalität und Arbeitsmoral, die weitergewirkt haben und vielfach auch noch bestehen, habe die auf den freien Markt gerichtete Gesellschaft lange gezehrt. Nun stehen diese sozio-moralischen Reservoirs in Frage und stellen damit auch die gesellschaftliche Stabilität zu Disposition. Eigentlich ist diese Forderung nach Festigung bzw. auch Erneuerung einer moralischen Grundordnung eine konservative Forderung, allerdings eine, die, wenn sie dem marktliberalen Denken entgegen-

gesetzt ist, zugleich auch einen Anspruch auf soziale Gerechtigkeit in sich trägt, wie er sich in den durchaus einander widersprechenden und zugleich auf Kompromisse ausgerichteten Modellbildungen utopischen Denkens auch wiederfinden lässt (vgl. Mannheim 1985 [1929]: 169).

4. Fazit: Utopie ländlicher Räume ohne Armut

Welche Entwicklungsszenarien lassen sich für ländliche Räume für die Zukunft vorstellen? Gibt es realistische Lösungsansätze, die im Sinne einer utopischen Orientierung darauf zielen, soziale und regionale Ungleichheiten tatsächlich beseitigen zu können oder bleiben solche Lösungsansätze weiterhin v.a. nur Absichtserklärungen, da sie den Marktinteressen zu stark entgegenlaufen? Wird man sich mit den gegenwärtigen Prozessen abfinden und damit auch das Paradigma des sozialen und regionalen Ausgleichs aufgeben müssen?

Gewisse Entwicklungen sind bereits heute vorgezeichnet. Die neue digitale Arbeitswelt, charakterisiert von Hochgeschwindigkeit und Hyperproduktivität, maximalem Warenfluss und Just-in-time-Produktion, kundenbestimmten Servicezeiten, börsenbestimmtem Erwartungsdruck, Interaktivität in Welt-Echtzeit sowie globalen Lieferketten, wird sich laut Bernd Marin (2021) weiter durchsetzen und sie wird sehr rasch auch in die entlegensten ländlichen Regionen vordringen. Die Covid-19-Pandemie hat einen historischen Entwicklungsschub ausgelöst. Innerhalb kurzer Zeit kam es zu einem ungeahnten technologischen Fortschritt, der insbesondere auch auf ländliche Räume ausstrahlte. Die Nutzung von Homeoffice ist unverhofft stark angestiegen, Videokonferenzen ersetzen Geschäftsreisen. Nach Marin wurden sie zu »Kernelementen der neuen Normalität« (ebd.: 98). Auf konkreter Ebene zeichnen sich bereits bestimmte, allerdings widersprüchliche Phänomene ab. Die Bedeutung von Lieferservices wird weiter zunehmen, auch in ländlichen Räumen. Dabei ist jedoch aus kritischer Perspektive zu hinterfragen, ob Lieferservices tatsächlich zu mehr Fortschritt und sozialer Teilhabe führen oder nur zu schlecht bezahlten, prekären Jobs bzw. den wenigen noch bestehenden Dorfläden gänzlich den Garaus machen. Man wird sich dann eine Nachnutzung für die großen Supermärkte und ihre Parkplätze an den Ausfallstraßen der regionalen Zentren überlegen müssen. Das wäre gut für die Mobilität und den ökologischen Fingerprint. Möglicherweise wird aber auch dies wieder zu neuen Ungleichheiten führen, wenn es nicht gelingt, sozial vulnerable Gruppen entsprechend zu integrieren. Die digital bereits Abgehängten drohen dann vielleicht noch mehr abgehängt zu werden.

Auch ländliche Räume werden sich weiter modernisieren, globale Entwicklungen werden dort immer rascher und intensiver spürbar. Im Zeitalter der »liquiden Modernität« (Bauman 2012) ist die einzige Sicherheit die Unsicherheit. Darüber hinaus kommt es zu einer zunehmenden Entbettung von Raum und Zeit (Giddens 1995). Es ist damit immer weniger wichtig, physisch zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort zu sein. Wichtig ist, darüber Bescheid zu wissen, was an einem bestimmten Ort passiert. Damit relativiert sich die Bedeutung von Raum und Zeit. Vielleicht kann ein damit einhergehender Bedeutungsverlust (vor allem durch Vorstellungen städtischer Moderne

geprägter) Raum längerfristig auch zu einer Überwindung der Disparitäten zwischen ländlichen und urbanen Räumen führen?

Die Zukunft der ländlichen Räume wird jedenfalls nicht in rückwärtsgewandten Vorstellungen einer Restitution vermeintlich »idyllischer« Ländlichkeit liegen können. Ländliche Regionen werden sich von globalen Entwicklungen nicht abschließen, auch wenn manche eine Wiederauferstehung einer traditionellen, scheinbar heilen, alten Welt herbeisehnen. Ländliche Räume werden mit urbanen Räumen und über die Landesgrenzen hinaus in dichten Austauschbeziehungen stehen. Die in den bekannten Sozialutopien vorgestellten Modelle ausgleichender Entwicklungen und eines Zusammenhangs von Arbeits- und Sozialordnung mit den Selbstbestimmungsbedürfnissen der Individuen werden damit nicht gegenstandslos. Unbeantwortet bleibt damit aber, ob die Dichotomien, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Disparitäten aufrecht erhalten bleiben, oder ob es doch irgendwann einmal zu einem (utopisch vorstellbaren) Ausgleich kommen wird.

Ein Ausgleich ist aber wohl nur jenseits der heute vorherrschenden Wirtschaftslogik vorstellbar. Es benötigt einen Paradigmenwechsel hin zu mehr ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit, einer Orientierung hin zur Daseinsvorsorge, einer Ausrichtung auf das Gemeinwohl, aber auch auf die Berücksichtigung von Kategorien wie Moral, Nächstenliebe, Sittlichkeit und ein auf Gerechtigkeit ausgerichtetes Wirtschaftssystem. Bei dieser Utopie des Ausgleichs unterschiedlicher Interessen, Lagen und Entwicklungen würden Raumkategorien keine sozial diskriminierende Rolle mehr spielen, zumindest keine größeren als beispielsweise individuelle, körperliche Merkmale. Jemand mag z. B. groß oder klein sein, dick oder dünn, die Chancengleichheit wäre dann für alle in gleichem Maße gegeben, unabhängig, ob jemand in einer städtischen oder ländlichen Region wohnt. Man könnte sich – utopische Orientierungen aufnehmend – einen Raum unterschiedlicher Charakteristika vorstellen, flach oder gebirgig, hügelig, bewaldet, dicht oder dünner besiedelt, industriell usw., ohne dass damit ein besonderer Vorteil oder eine höhere Wertigkeit verbunden wäre. Die soziale Bedeutung von Raum würde sich damit insgesamt ändern, vor allem auch, weil sie dann nicht mehr vor allem mit Macht, Herrschaft und sozialer Ungleichheit in Verbindung stünde.

Literatur

- Adam Hernández, Alistair (2021): Das resiliente Dorf. Eine interdisziplinäre Analyse von Akteuren, Lernprozessen und Entwicklungen in drei ländlichen Gemeinschaften Europas. München: oekom.
- AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) BGBL. III Nr. 86/1999.
- Bauman, Zygmunt (2012): Liquid Modernity. Cambridge: Polity.
- Beez, Stephan (2008): »Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit«, in: Eva Barlösius/Claudia Neu (Hg.): Peripherisierung – eine Form sozialer Ungleichheit? Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, S. 7–16.
- Belina, Bernd/Kallert, Andreas/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (Hg.) (2022): Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld: transcript.

- Bernard, Josef/Steinführer, Annett/Keim-Klärner, Sylvia/Klärner, Andreas (2023): Regional opportunity structures: a research agenda to link spatial and social inequalities in rural areas., in: *Progress in Human Geography* 47 (1), 103–123.
- BMLRT (Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus) (2020): *Tourismus Österreich 2020*. Wien: BMLRT.
- Charim, Isolde (2022): *Die Qualen des Narzissmus. Über freiwillige Unterwerfung*. Wien: Paul Zsolnay.
- Derrida, Jacques (1976): *Die Schrift und die Differenz*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Dubiel, Helmut (2015): *Ungewissheit und Politik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Dimmel, Nikolaus/Schenk, Martin/Stelzer-Orthofer Christine (Hg.) (2014): *Handbuch Armut in Österreich. Zweite, vollständig überarbeitete Auflage*. Innsbruck-Wien-Bozen: StudienVerlag.
- Dux, Günter (2008): *Warum denn Gerechtigkeit – Die Logik des Kapitals. Die Politik im Widerstreit mit der Ökonomie*. Weilerswist: Velbrück.
- Europäische Kommission (2020): *Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*. KOM (2010) 2020 endgültig. Brüssel.
- Europäische Kommission (2022): *Kommission begrüßt Ziel der Mitgliedstaaten für ein sozialeres Europa bis 2030*. Brüssel: Pressemitteilung 16. Juni 2022.
- Europäischer Rat (2000): *Strategie von Lissabon. Schlussfolgerungen des Vorsitzes 23. und 24. März 2000*.
- Europäische Union (1999): *Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte*. Document 11997D/TXT.
- Eurostat (2017): *BIP auf regionaler Ebene*. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Archive:BIP_auf_regionaler_Ebene&oldid=361439 vom 14.09.2023.
- Fabris, Verena/Schenk, Martin (2020): »Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise«, in: *Die Armutskonferenz, Margit Appel/Verena Fabris/Alban Knecht/Michaela Moser/Robert Rybaczek-Schwarz/Martin Schenk/Stefanie Stadlober* (Hg.): *Stimmen gegen Armut*. Norderstedt: BoD-Verlag, S. 247–256.
- Giddens, Anthony (1995): *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Göppel, Rolf/Gstach, Johannes/Wininger, Michael (Hg.) (2023): *Aufwachsen zwischen Pandemie und Klimakrise. Pädagogische Arbeit in Zeiten großer Verunsicherung*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Hahne, Ulf (2013): »Resilienz – neue Anforderungen an die Regionalentwicklung«, in: *Ländlicher Raum* H. 3, S. 31–33.
- Heine, Heinrich (2012) [1844]: *Deutschland. Ein Wintermärchen*. Berlin: Insel.
- Hobsbawm, Eric (1995): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München und Wien: Hanser.
- Höferl, Andreas/Pöchhacker, Paul (2004): *Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Keim, Karl-Dieter (2006): »Peripherisierung ländlicher Räume – Essay«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37, S. 3–7.

- Kennickell, Arthur B./Lindner, Peter/Schürz, Martin (2022): A new instrument to measure wealth inequality: distributional wealth accounts. Wien: Österreichische Nationalbank.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2022): Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Küpper, Patrick/Steinführer, Annett (2017): »Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zwischen Ausdünnung und Erweiterung: ein Beitrag zur Peripherisierungsdebatte«, in: Europa Regional 23(4), 44–60.
- Mannheim, Karl (1985) [1929]: Ideologie und Utopie. Frankfurt a.M.: Klostermann.
- Marin, Bernd (2021): Die Welt danach. Leben, Arbeit und Wohlfahrt nach dem Corona-Camp. Wien: Falter.
- Maschke, Lisa/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2021): Kritische Landforschung- Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Bielefeld: transcript.
- Mill, John Stuart (1991) [1859]: On Liberty and Other Essays. Oxford: University Press.
- Nussbaum, Martha C. (1999): Die Grenzen der Gerechtigkeit. Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Piketty, Thomas (2020): Das Kapital des 21. Jahrhunderts. München: C.H. Beck.
- Rawls, John (1979): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas/Rosa, Hartmut (2021): Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie? Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Redl, Bernadette (2020): »Kommt jetzt die große Flucht aufs Land«, in: Der Standard vom 16.05.2020, S. 23.
- Rössel, Julia (2014): Unterwegs zum guten Leben? Raumproduktionen durch Zugezogene in der Uckermark. Bielefeld: transcript.
- Sanders, Karin/Weth, Hans-Ulrich (Hg.) (2008): Armut und Teilhabe. Analysen und Impulse zum Diskurs um Armut und Gerechtigkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Shorrocks, Anthony/Davies, James/Lluberas, Rodrigo (2022): Global Wealth Report 2022. Leading perspectives to navigate the future. Zürich: Credit Suisse Research Institute.
- Statistik Austria (2022): Tabellenband EU-SILC 2021 und Bundesländertabellen mit Dreijahresdurchschnitt EU-SILC 2019 bis 2021 Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien: Statistik Austria.
- Streeck, Wolfgang (2021): Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Strobl, Günther (2020): »So stark ist Österreich vom Tourismus abhängig«, in: Der Standard vom 28.10.2020, S. 17.
- United Nations (2023): The Sustainable Development Goals Report 2023: Special Edition. New York: United Nations Department of Economic and Social Affairs.
- Virilio, Paul (2015): Die Küste, letzte Grenze. Ein Gespräch mit Jean-Louis Violeau. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Wiesinger, Georg (2000): Die vielen Gesichter der ländlichen Armut. Eine Situationsanalyse zur ländlichen Armut in Österreich. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen.
- Žižek, Slavoj (2015): Ärger im Paradies. Vom Ende der Geschichte zum Ende des Kapitalismus. Frankfurt a.M.: Fischer.